

Pressemitteilung 08/2025

München, 30.10.2025

Kraftvolles Signal in schwierigen Zeiten

Die Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2026 und zur Verteilung des Sondervermögens Infrastruktur ist ein kraftvolles und mutmachendes Signal an die bayerischen Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich steigt um 846 Mio. auf 12,83 Mrd. Euro. Daneben erhalten die Kommunen im Jahr 2026 3,9 Mrd. Euro für Investitionen.

Dr. Uwe Brandl: „Das Ergebnis der Verhandlungen zeigt, dass sich die bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden auch in schwierigen Zeiten auf den Freistaat Bayern verlassen kann. Der Kompromiss verlangt beiden Seiten alles ab, gibt aber auch ein klares Signal für die Stabilisierung der Handlungsfähigkeit der Kommunen. So gelingt es trotz der schwierigen Ausgangslage mit dem Ergebnis die Entwicklung der Umlagen zu begrenzen und die Verwaltungshaushalte zu stabilisieren.

Mit der Einigung beim Sondervermögen wird auch ein notwendiges, kraftvolles Signal für den Erhalt der Investitionsfähigkeit gesetzt. Jetzt kommt es darauf an, die Investitionen schnell und unbürokratisch umzusetzen, damit die Menschen vor Ort erleben, in Bayern geht es voran.

Die kommenden zwei Jahre müssen aber auch von Bund und Land genutzt werden um die notwendige Aufgabenkritik und den erforderlichen Standardabbau mit eindeutigen Ergebnissen vor allem auch im Bereich der Sozialleistungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.“

Die wichtigen Signale zur Stabilisierung der Schlüsselzuweisung insbesondere der Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund um 0,3 Prozent in 2026 und 0,2 Prozent für 2027 sind ein wichtiges Signal für die Zukunft der bayerischen Gemeinden. Die kraftvolle Erhöhung der Leistungen an die bayerischen Bezirke ist unverzichtbar und leistet einen wichtigen Beitrag, die dynamische Entwicklung der Umlagen zu dämpfen und dafür zu sorgen, dass die Handlungsfähigkeit in den kommunalen Haushalten erhalten bleibt.